

Medienmitteilung

Vernehmlassung Altersvorsorge 2020

Entpolitisierung Rentenalter: Konzept der BDP muss integriert werden

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist von der Notwendigkeit der Reform überzeugt und sieht dringenden Handlungsbedarf. Für die BDP ist es ein Gebot der Stunde, das Rentenalter mit der effektiven Lebenserwartung zu verknüpfen und somit zu entpolitisieren.

Die BDP Fraktion hat bereits im Dezember 2012 eine [Motion](#) eingereicht, welche die automatische Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung fordert. Damit würde diese Frage endlich entpolitisiert und sich künftig an den ökonomischen Fakten orientieren. Die Motion ist in der Frühlingssession 2014 vom Nationalrat dank einer geschlossenen bürgerlichen Mehrheit überwiesen worden und muss deshalb auch in der Reform Altersvorsorge 2020 berücksichtigt werden. Um diese Forderung zu unterstreichen, hat die BDP in der Wintersession 2013 ihr Konzept mittels einer [Parlamentarischen Initiative](#) präzisiert und fordert ein Rentenalter für Frauen und Männer, das 80% der durchschnittlichen Lebenserwartung entspricht. Ebenso unterstützt die BDP flexible Lösungen, sowohl in Bezug auf einen früheren, wie auch auf einen späteren Rentenbezug.

Gleichzeitig müssen die Arbeitsmarktchancen für die ältere Generation im Sinne einer weiteren BDP-Motion vom Dezember 2012 verbessert werden, und die Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen sind konsequent und glaubwürdig zu stärken..

Die Senkung ist für die Finanzierbarkeit der Renten unumgänglich. Bei der Umsetzung ist ebenfalls ein Mechanismus anzustreben, der die Frage nach der Höhe weitgehend entpolitisiert. Eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer ist für die BDP akzeptabel. Diese muss aber schrittweise erfolgen und an klare Bedingungen geknüpft sein. Einer Mehrwertsteuererhöhung ‚auf Vorrat‘ steht die BDP skeptisch gegenüber.

Damit die nachhaltige Sicherung der AHV überhaupt gelingen kann, bleibt für die BDP ein Mechanismus zur Schuldenbremse eine wichtige Forderung. Dies hat die BDP als erste Partei in einer [Motion](#) bereits im Frühling 2011 gefordert. Dabei ist ein Modell anzustreben, welches im Sinne eines Automatismus den Zeitpunkt des Handlungsbedarfs vorgibt und gleichzeitig Bundesrat und Parlament den Auftrag und die Möglichkeit gibt, zu intervenieren indem die nötigen Massnahmen beschlossen werden.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51
NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

31.03.2014